

Dramatische Umsatzeinbrüche



Motivbild:www.pixabay.com

Fast jeder zweite Unternehmer melde nach Einführung der 2G-Plus-Regel Umsatzeinbrüche von 70 Prozent und mehr. DEHOGA-Präsident Guido Zöllick fordert für die Betriebe Schadensausgleich sowie Planungssicherheit.

Die aktuelle Umfrage des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA Bundesverband), an der sich 4.800 Unternehmer beteiligt haben, belegt die katastrophalen Umsatzverluste durch 2G und 2G Plus.

„Kurz vor Weihnachten spitzt sich die Lage der Branche durch die Einführung der verschärften Zugangsregeln erneut dramatisch zu“, erklärt Zöllick. „Mit 2G ist der Umsatz in unseren Restaurants und Hotels bereits um mehr als die Hälfte eingebrochen. Noch höhere Einbußen melden Betriebe in Ländern, in denen 2G Plus gilt.“ Sperrzeitenregelungen und regionale Lockdowns wie in Sachsen und Bayern hätten zu zusätzlichen Umsatzverlusten geführt. Das sei umso bitterer mit Blick auf das für die Branche so wichtige Weihnachts- und Silvestergeschäft, auf das viele Unternehmer gehofft hätten.

„Viele Betriebe können nicht mehr rentabel arbeiten“, so Zöllick. Von der Politik fordert der DEHOGA-Präsident Planungssicherheit und ausreichende Hilfen. „Um das Überleben der in Not geratenen Betriebe zu sichern, braucht es einen angemessenen Schadensausgleich für alle Unternehmen unabhängig von ihrer Größe und Mitarbeiterzahl.“ Erschwerend hinzu käme die extreme Verunsicherung bei den Gästen. „Die ganz große Mehrzahl der Hotels und Restaurants ist weiterhin geöffnet. Unternehmer und Beschäftigte freuen sich auf die Gäste“, sagt Zöllick und appelliert an die Politik: „Ich erwarte, dass Politiker jetzt nicht mit

aktionistischen Appellen, die über die jeweilige Landesverordnung hinausgehen, für zusätzliche Verunsicherung sorgen und dadurch erneute Stornierungen provozieren. Die Politik habe die Regelungen für die Betriebe definiert, diese müssten jetzt konsequent umgesetzt werden. Inakzeptabel sei auch, dass die Verordnungen teilweise so kurzfristig, quasi über Nacht, veröffentlicht würden und am Folgetag in Kraft träten. Laut den Angaben von mehr als 4.800 gastgewerblichen Unternehmern aus ganz Deutschland seien in 78,2 Prozent der Betriebe die Umsatzverluste nach Einführung der 2G-Regel gestiegen. Der Umsatz wäre um durchschnittlich 53,1 Prozent gesunken.

Existenzbedrohende Lage macht dem DEHOGA Sorgen

Wenn die geimpften und genesenen Gäste noch zusätzlich einen negativen Corona-Test vorweisen müssen, wären die Rückgänge noch gravierender. Hier hätten fast neun von zehn Betrieben (88 Prozent) Umsatzausfälle nach Einführung der 2G-Plus-Regel gemeldet. Die Einbußen betragen durchschnittlich 62 Prozent. Fast jeder zweite Unternehmer (46 Prozent) beklagt wegen der 2G-Plus-Regel Umsatzeinbrüche von 70 Prozent und mehr.

„Weihnachtsfeiern wurden storniert, Stammtische und Familienfeste in private Räumlichkeiten verlegt, Firmen haben Veranstaltungen und Reisen abgesagt“, berichtet Zöllick. Spontanbesuche in Restaurants oder Cafés fänden bei 2G Plus so gut wie nicht mehr statt. „Für viele Betriebe kommt 2G Plus einem Lockdown gleich“, sagt Zöllick.

Die Antworten der Betriebe auf die DEHOGA-Umfrage spiegeln die existenzbedrohende Lage der Branche wider. Im wichtigen Geschäftsmonat Dezember lägen die Umsätze bisher durchschnittlich um 57,7 Prozent unter den Dezemberumsätzen des Vorkrisenjahres 2019. Das ist noch einmal eine deutliche Verschlechterung gegenüber den Vormonaten mit Umsatzverlusten von 34,1 Prozent im November und 7,4 Prozent im Oktober. Die Umsatzverluste seien stark abhängig von der Region und den dort geltenden Regelungen. Die Ausfälle im Dezember bewegen sich zwischen 41,4 Prozent in Schleswig-Holstein und 69,2 Prozent in Sachsen.

Die bereits erfolgten Absagen großer Messen bis in den März hinein wie die Absage der ITB am Donnerstag, die vom 9. bis 13. März 2022 hätte stattfinden sollen, würden insbesondere die Lage der Stadt- und Tagungshotels dramatisch verschärfen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen begrüßt Zöllick die Fortführung der erhöhten Leistungssätze beim Kurzarbeitergeld. Der DEHOGA drängt zudem auf eine massive Beschleunigung und Professionalisierung der Impfkampagne sowie die Ausweitung der Testkapazitäten.

An der Umfrage des DEHOGA Bundesverbandes zur wirtschaftlichen Lage beteiligten sich vom 15. bis 17. Dezember 4.800 gastgewerbliche Betriebe aus ganz Deutschland.

